



Sehr geehrte Damen und Herren,

in der heutigen Ausgabe stehen folgende Informationen:

- Grüße zu Ostern
- Sakrale Kunst im Rhein-Neckar-Kreis
- Der Rhein-Neckar-Kreis – ein starker Wirtschaftsstandort
- Evangelischer Arbeitskreis der CDU zum Koalitionsvertrag
- Nochmals. Bürgerbegehren – Stellungnahme von „Mehr Demokratie“

Mit den besten Grüßen

A handwritten signature in blue ink, which reads "Bruno Sauerzapf".

Bruno Sauerzapf, Fraktionsvorsitzender



Der traditionelle Leinerer Osterbrunnen, geschmückt von den Landfrauen Leimen

## Frohe und gesegnete Ostern

Der Frühling beginnt, und es ist Ostern.

Viele gute Gründe, um gute Laune zu haben.

Wir wünschen ein schönes Osterfest.

Die **CDU**-Kreisrätinnen und -Kreisräte

### Sakrale Kunst im Rhein-Neck-Kreis

Die evangelische Stadtkirche in Ladenburg und die katholische St.-Gallus-Kirche waren Schauplatz einer bemerkungswerten Buchvorstellung. In den beiden benachbarten großen Kirchen der alten Römerstadt präsentierte Landrat Stefan Dallinger zusammen mit Landesbischof i. R. Dr. Ulrich Fischer und Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch in einer Doppelveranstaltung ein bundesweit relativ einmaliges Buchprojekt. „Sakrale Kunst im Rhein-Neckar-Kreis“ heißt das mit fast 1.500 Fotos opulent bebilderte, 616 Seiten im Großformat starke Grundlagenwerk, das alle über 210 evangelischen und katholischen Kirchen sowie die Andachtsräume der kreiseigenen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen erfasst.



Die Buchvorstellung wurde musikalisch mitgestaltet von Prof. Dr. Michael Gerhard Kaufmann mit herausragenden Orgelstücken auf der Walcker-Orgel und der Mönch-Orgel, unterstützt in der katholischen Kirche vom bundesweit renommierten Glockenexperten Kurt Kramer, als beide selten gehörte Stücke für Orgel und Glocken spielten.

Das Buch, in dem 17 Autorinnen und Autoren in bisher noch nie dagewesener, umfassender Weise aus den verschiedensten Blickwinkeln das Zusammenwirken von Kunst und Kirche vom Mittelalter bis in die jüngste Gegenwart beleuchten sowie über Geschichte, Architektur und Kunstschatze berichten, ist in harmonischer Zusammenarbeit mit der evangelischen und katholischen Kirche entstanden. „Ein „Ökumenepro-

jekt“, wie Landrat Stefan Dallinger sagte, der besonders die fast unglaubliche Leistung und die hohe Qualität der Fotos von Dorothea Burkhardt hervorhob, die auf Bildschirmen gezeigt wurden.

Dass heute nicht das Trennende, sondern das Verbindende der Konfessionen im Mittelpunkt aller Bemühungen stehe, klang schon in den Begrüßungen durch die „Hausherren“ Pfarrer David Reichert für die evangelische und Pfarrer Ronny Baier für die katholische Kirche an – und es stand im Mittelpunkt der Reden von Erzbischof em. Dr. Zollitsch und Landesbischof i. R. Dr. Fischer. Beide waren gerne nach Ladenburg gekommen, um ihre Verbundenheit mit der Region und dem gigantischen Unternehmen zu zeigen, das begonnen hatte, als beide noch im Amt gewesen waren und das nun „den beeindruckenden sakralen Kultur- und Kunstbestand weitgehend vollständig in einem einzigen Buch versammelt“.

Landrat Stefan Dallinger dankte abschließend den beiden Herausgebern des Buchs, Kreisarchivar Dr. Jörg Kreutz und Berno Müller, sowie allen ihren Kolleginnen und Kollegen für ihr Engagement, diese umfassende kunsthistorisch-theologische Betrachtung des Themas sakrale Kunst in „perfekter Synthese von Wort und Bild entstehen zu lassen“.

### Der Rhein-Neckar-Kreis – ein starker Wirtschaftsstandort

**Ein starker Wirtschaftsstandort braucht eine starke Strategie“, eröffnete Landrat Stefan Dallinger bei der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft am 27. Februar 2018 die Vorstellung der Fortschreibung der Wirtschaftsförderungsstrategie aus dem Jahr 2012. Die Strategie wurde vom Gremium einstimmig beschlossen.**

Für den Landrat ist Wirtschaftsförderung ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und trägt aktiv zur Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen bei. „Seit 2012 hat sich viel getan im Rhein-Neckar-Kreis“, freute sich der Landrat und sagte weiter: „Die Ergebnisse der Stabsstelle Wirtschaftsförderung können sich sehen lassen.“ Die Projekte der Vorgängerstrategie, wie beispielsweise der

flächendeckende Ausbau des Glasfasernetzes, die Einrichtung von zwei LEADER-Gebietskulissen zur Stärkung des ländlichen Raums, Maßnahmen zur Bewältigung des Fachkräftemangels, die Vermarktung des Kreises als smart county oder die erhöhte Sichtbarkeit der vielfältigen Tourismus- und Freizeitangebote im Rhein-Neckar-Kreis sind bereits erfolgreich auf den Weg gebracht. Die Entwicklung des Rhein-

Neckar-Kreises als einem wirtschaftsstarken und lebenswerten Lebensraum in den vergangenen Jahren sei beachtlich.



*Das Team Wirtschaftsförderung*

„Vor dem Hintergrund strukturverändernder Prozesse, die durch Globalisierung, demografischer Wandel, Urbanisierung und Digitalisierung ausgelöst worden sind, stehen Unternehmen und Verwaltung vor großen Herausforderungen“, begann der Leiter der Stabsstelle Wirtschaftsförderung Danyel Atalay seine Ausführung zur Fortschreibung der Strategie. Die Stabsstelle Wirtschaftsförderung hat sich daher reorganisiert, eine breit angelegte Standortanalyse durchgeführt und die neue Strategie in einem dialogorientierten Prozess gemeinsam mit kommunalen Akteuren, Unternehmen und Wirtschaftsinstitutionen erarbeitet. Die intelligente Vernetzung des Wirtschaftsstandortes, eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung, die Stärkung der ländlichen Räume, die aktive Positionierung des Landkreises in Europa, die Optimierung des Freizeitangebots zur Steigerung der Lebensqualität und nicht zuletzt die initiale Unterstützung der starken Wirtschaftsakteure im Rhein-Neckar-Kreis bilden die zentralen Eckpfeiler der neuen Strategie. „Diese Ziele will die Stabsstelle Wirtschaftsförderung in enger Abstimmung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie allen Wirtschafts- und Sozialpartnern der Region erfolgreich umsetzen“, erläuterte Danyel Atalay. Ein klares Zielsystem gibt dem Handeln des Teams der Wirtschaftsförderung eine Orientierung für die vor ihm liegenden Aufgaben.

Dank und Anerkennung für das „bemerkenswerte Strategiepapier“ sowie einhellige Zustimmung war aus den Reihen der Fraktionen zu vernehmen und ein „Weiter so“ zu hören. „Die Wirtschaftsförderung wird eine bedeutende Zukunftsaufgabe des Kreises sein“, erläuterte der Fraktionsvorsitzende der CDU im Kreistag, Bruno Sauerzapf. Hierzu gehört auch der Fremdenverkehr, der ebenso zur Förderung der Wirtschaft zählt. Insbesondere mit der intensiven Vernetzung der Akteure, Kammern und Unternehmen habe die Stabs-

stelle Wirtschaftsförderung den richtigen Weg eingeschlagen.

„Der Einblick macht Eindruck“, so Dr. Brigitte Martens-Aly, Sprecherin der SPD-Fraktion im Ausschuss. Die Stabsstelle Wirtschaftsförderung sei besonders wichtig, um neben den Wirtschaftsförderungen in den Städten auch einen Ausgleich für die kleinen Kommunen im Kreis zu schaffen. Ein großes Kompliment machte Dr. Martens-Aly dem Team der Wirtschaftsförderung dafür, dass alle Vorhaben der Vorgängerstrategie erledigt worden sind. Diese Tatsache lobt auch der Fraktionsvorsitzende Der Linken, Dr. Edgar Wunder.

Wirtschaftsförderung zu betreiben, bedeutet Strukturpolitik zu betreiben, so der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Roland Fink. Auch seine Fraktion stimmte der neuen Strategie bei einer Enthaltung zu. Ebenso wie Eric Grabenbauer für die Freien Wähler. Er dankte für das umfangreiche Werk und freute sich besonders über die EU-Fördermittelakquise in den zurückliegenden Jahren, die zur Stärkung des ländlichen Raums beiträgt.

Auch Herold, Sprecher der FDP-Fraktion, lobte das neue Strategiepapier. Es zeige unter anderem, dass vieles, was klein begonnen wurde und noch nicht so konkret war, nun durch die Definition konkreter Ziele und Handlungsschwerpunkte konkrete Formen angenommen hat.

Aus der Mitte der SPD-Fraktion gab es den Wunsch, man möge doch bei der nächsten Fortschreibung sich mit einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung beschäftigen. Dabei sei es wichtig verschiedene Maßnahmen, wie zum Beispiel die Ansiedlung von Unternehmen, CO<sub>2</sub>-neutral abzubilden. Landrat Stefan Dallinger sagte dies für die kommende Runde zu.





## **Evangelischer Arbeitskreises der CDU zum Koalitionsvertrag**

Vom evangelischen Arbeitskreis der CDU erreichte uns folgender sehr informativer Beitrag:

„Die CDU-geführte Bundesregierung hat in der vergangenen Woche ihre Arbeit aufgenommen. Sie will Sicherheit und Zusammenhalt stärken sowie den Wohlstand erhöhen. Um diese Ziele zu erreichen, wird die CDU-geführte Bundesregierung in eine gute Zukunft investieren, Innovationen fördern und die Vorteile der Digitalisierung nutzen. So sichern wir Chancen für alle – damit unser Land für jede und jeden noch besser und lebenswerter wird.

Grundlage dafür ist der Koalitionsvertrag. Er trägt deutlich unsere Handschrift. Denn wir haben zentrale Versprechen aus unserem Regierungsprogramm durchsetzen können. Der CDU ist es gelungen, im Koalitionsvertrag ein starkes Bekenntnis zur Stellung der christlichen Kirchen in Deutschland zu verankern. Das „C“ im Parteinamen war für die CDU in den Koalitionsverhandlungen eine politische Verpflichtung. Es ist und bleibt die entscheidende Klammer, mit der die CDU die unterschiedlichen liberalen, konservativen und sozialen Kräfte zusammenführt und eine Politik zum Wohle der Menschen gestalten kann.

Konkret werden wir zum Beispiel der Verantwortung für die Schwächeren in unserer Gesellschaft gerecht, indem wir mit einem Sofortprogramm 8 000 neue Fachkraftstellen in der Pflege schaffen. Die Familien als Fundament unserer Gesellschaft werden wir weiter stärken. Dafür erhöhen wir in dieser Legislaturperiode nicht nur das Kindergeld um 25 Euro, sondern führen auch das von uns geforderte Baukindergeld ein. Damit unterstützen wir den Ersterwerb von Wohnraum mit 1.200 Euro je Kind und pro Jahr über einen Zeitraum von zehn Jahren.

Eine Frage, die im Koalitionsvertrag nicht einvernehmlich geklärt werden konnte, bei der die CDU aber weiter eine klare Position vertritt, bleibt das sensible Thema der Schwangerschaftsabbrüche. Die Menschenwürde am Anfang wie am Ende des Lebens liegt uns am Herzen. Gerade ungeborenes Leben zu schützen, muss Auftrag des Staates sein – zumal es ein Leben ist, das besonders schutzbedürftig ist, weil es sich nicht wehren kann. Deshalb spricht sich die CDU klar und deutlich dafür aus, die bisherige Rechtslage in der Schwangerschaftsberatung im Kern beizubehalten. Derjenige, der berät, darf den Schwangerschaftsabbruch nicht vornehmen. Diese strikte Trennung zwischen Beratung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs muss unbedingt beibehalten werden. Falls es für Betroffene bei der derzeitigen Rechtslage Informationslücken geben sollte, wollen wir sicherstellen, dass Frauen noch bessere Beratung er-

halten können. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Möglichkeiten einer Lösung zu prüfen und einen Vorschlag vorzulegen.

Ein großer Erfolg ist, dass im Koalitionsvertrag das Thema Religionsfreiheit nun auch institutionell aufgewertet werden konnte. Dies ist für die CDU als Partei, deren Politik auf dem christlichen Menschenbild beruht, von besonderer Bedeutung, denn Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht, das weltweit zunehmend eingeschränkt oder komplett infrage gestellt wird. Unsere Solidarität gilt allen benachteiligten religiösen Minderheiten. Dazu zählt der beharrliche Einsatz für viele Millionen verfolgter Christinnen und Christen. Mehr Christen als Angehörige jeder anderen Religion leiden heute unter Diskriminierung oder Verfolgung. Daher war es uns sehr wichtig, dass das Amt der/des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit geschaffen wird. Wir werden den Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit im zweijährigen Rhythmus fortschreiben. Damit wird endlich eine langjährige Forderung der CDU erfüllt.

Die CDU weiß um die große Bedeutung der Kirchen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Religionsgemeinschaften stiften Identität und vermitteln Werte, die für unser Land von entscheidender Bedeutung sind. Deshalb werden wir auch zukünftig in allen politischen und gesellschaftlichen Fragen weiter im engen Dialog mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften bleiben.“

*Annegret Kramp-Karrenbauer,  
Generalsekretärin der CDU Deutschlands*

*Thomas Rachel MdB  
Vorsitzender des EAK der CDU und CSU*

## Stellungnahme „Sieben kritische Anmerkungen zu einem Einwohnerbegehren auf Kreisebene“

Neben zustimmenden Beiträgen erreichte uns folgende Mitteilung von „Mehr Demokratie e.V., die wir selbstverständlich abdrucken.

### „Kleine Richtigstellung zum Volksantrag „Mehr Demokratie in Land“

*In der vorletzten Ausgabe wurden „kritische Anmerkungen“ zu einem aktuellen Volksantrag veröffentlicht, dessen Ziel es ist, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch auf Kreisebene einzuführen (siehe [www.volksantrag-bw.de](http://www.volksantrag-bw.de)). Er wird u.a. von den Landesverbänden von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linken, dem DGB, dem Bund der Steuerzahler und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt und von Mehr Demokratie e.V. koordiniert. In der Stellungnahme wurde ausgeführt, für ein Bürgerbegehren im Rhein-Neckar-Kreis sehe dieser Volksantrag die Unterschriften von mindestens „ca. 2 %“ der stimmberechtigten Einwohner vor. Die Zahl ist falsch. Tatsächlich werden dafür im Gesetzentwurf des Volksantrags 4,7 % Unterschriften gefordert. Dies orientiert sich an den 4,5 %, mit denen schon seit vielen Jahren in der Landeshauptstadt Stuttgart ein Bürgerbegehren eingeleitet werden kann. Stuttgart und der Rhein-Neckar-Kreis haben etwa gleich viele Einwohner, und über alle Angelegenheiten der Kreistage entscheidet in den Stadtkreisen der jeweilige Gemeinderat. Deshalb sind die Initiatoren des Volksantrags der Auffassung, dass keine Ungleichbehandlung von Stadt- und Landkreisen erfolgen sollte und Bürgerbegehren zu den gleichen Themen mit den gleichen Quoren sowohl in Stadt- wie Landkreisen möglich sein sollten.*

*Dr. Edgar Wunder, Mehr Demokratie e.V.*

### Anmerkung

Es trifft zu, dass ein Rechenfehler unterlaufen ist, nach meinen Berechnungen sind es sogar 4,8 %. Allerdings wurde neben dem Prozentsatz auch die absolute Zahl der notwendigen Unterschriften genannt.

Insofern muss die Stellungnahme bei Punkt 7. korrigiert werden, und zwar:

Die vorgesehenen Quoren im Gesetzentwurf präferieren Minderheiten

- Nach dem Gesetzentwurf kann ein **Einwohnerantrag auf Behandlung einer Angelegenheit im Kreistag** bereits von 1.000 Einwohnern ab dem 14. Lebensjahr gestellt werden. Bei 544.400

sind ca. 460.000 – 470.000 über 14 Jahre alt! Dies entspricht einem **Anteil von rund 0,2 %!!**

- Nach dem Gesetzentwurf wäre ein **Einwohnerbegehren im Rhein-Neckar-Kreis von 20.000 stimmberechtigten Einwohnern** zulässig. Die entspricht 4,8 % (**bisher ca. 2 %**) der **stimmberechtigten Einwohner**
- Nach dem Gesetzentwurf wäre ein Einwohnerbegehren erfolgreich, wenn dies von **8 % der stimmberechtigten Bevölkerung** unterstützt wird. 2014 waren 429.435 Einwohner wahlberechtigt. 8 % wären ca. **35.000 Ja-Stimmen** notwendig. sofern die JA-Stimmen überwiegen.  
**Bei diesen Quoren könnten Minderheiten die Kreispolitik bestimmen. Wäre dies demokratisch?**

Im Übrigen sehen wir unsere Stellungnahme, die wir – korrigiert - als Pdf-Datei beifügen - als wichtigen Diskussionsbeitrag zu der Initiative des Vereins „Mehr Demokratie“ an.

Bruno Sauerzapf, Fraktionsvorsitzender